Landkreis Uckermark
Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung

Prenzlau, den 01.10.2018
Tel. 03984 70 1007

Niederschrift der 17. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung am 11.09.2018 - öffentlicher Teil

Datum: 11.09.2018
Zeit: 17:00 Uhr – 18:16 Uhr
Ort: Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau, Karl-Marx-Straße 1, Haus 4, Raum 301

Anwesende Ausschussmitglieder:

SPD/BVB-Fraktion

Frau Susan Jahr	SPD/BVB	Vertretung für Frau Elke Grunwald
Herr Uwe Neumann	SPD/BVB	
Herr Olaf Theiß	SPD/BVB	

CDU-Fraktion

Herr Dr. Hans-Otto Gerlach	CDU	
Herr Josef Menke	CDU	
Herr Tobias Schween	CDU	
Herr Andreas Sommerschuh	CDU	Vertretung für Herrn Bernd Zimdars

Fraktion DIE LINKE

Herr Heiko Poppe	DIE LINKE	Vertretung für Herrn Gerhard Rohne
Herr Egon Ulrich	DIE LINKE	

Fraktion Bauern-Ländlicher Raum

Herr Rainer Korrmann	BLR

FDP-Fraktion

Herr Gerd Regler	FDP

Fraktion Grüne/RdUM

Herr Dr. Gernot Schwill	Grüne/RdUM

Sachkundige Einwohner

Frau Brigitte Eikemper-Gerlach

Verwaltung

Herr Bernd Brandenburg	1. Beigeordneter	
Herr Michael Steffen	komm. Dezernent II	
Herr Karsten Stornowski	3. Beigeordneter	
Herr Jörg Brämer	Büroleiter Landrätin	
Herr Dr. Hilmar Sander	Amtsleiter Rechtsamt	
Frau Britta Stengel	Stellv. Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt	Vertretung für Herrn Ralf Meier
Herr Frank Czeslick	Hauptsachbearbeiter Beteiligungsmanagement	

Schriftführer

Herr Björn Franke	Büro des Kreistages

Gäste

Herr Lars Boehme	Geschäftsführer Uckermärkische Verkehrsgesellschaft mbH (UVG)

Abwesende Ausschussmitglieder:

SPD/BVB-Fraktion

Frau Elke Grunwald	SPD/BVB	entschuldigt
Herr Jürgen Hoppe	SPD/BVB	entschuldigt

CDU-Fraktion

Herr Bernd Zimdars	CDU	entschuldigt

Fraktion DIE LINKE

Herr Gerhard Rohne	DIE LINKE	entschuldigt

Sachkundige Einwohner

Herr René Stüpmann		entschuldigt

Verwaltung

Frau Karina Dörk	Landrätin	entschuldigt
Herr Ralf Meier	Amtsleiter Rechnungsprüfungsamt	entschuldigt

zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Regler begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung, die Mitarbeiter der Verwaltung, sowie als Gast Herrn Boehme.

Er stellt fest, dass 12 Kreistagsmitglieder und eine sachkundige Einwohnerin des Ausschusses anwesend sind und der Ausschuss somit beschlussfähig ist.

zu TOP 2: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Herr Regler teilt mit, dass die Tagesordnung allen Ausschussmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen ist.

zu TOP 2.1: Anträge zur Tagesordnung

Herr Regler teilt mit, dass ein Antrag zur Tagesordnung vorliegt.

zu TOP 2.1.1: Weiterreichende finanzielle Unterstützung der Musik- und Kunstschule Schwedt/Oder
Vorlage: AN/183/2018
SPD/BVB-Fraktion

Herr Neumann begründet seinen Antrag zur Tagesordnung damit, dass die Thematik der weiterreichenden finanziellen Unterstützung der Musik- und Kunstschule Schwedt/Oder bereits im KBSA am 05.09.2018 beraten und der Vorschlag unterbreitet wurde, einen fraktionsübergreifenden Antrag zu erarbeiten. Die Landrätin soll beauftragt werden, einen Vorschlag für eine weiterreichende Unterstützung der Musik- und Kunstschule Schwedt ab dem Jahr 2019 zu erarbeiten.

Die Thematik soll auf der Grundlage eines Antragsentwurfs zur Diskussion als zusätzlicher Tagesordnungspunkt aufgenommen werden.

(Der Antrag zur Tagesordnung wurde nachträglich als AN/183/2018 erfasst.)

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Aufnahme der Thematik der weiterreichenden finanziellen Unterstützung der Musik- und Kunstschule Schwedt/Oder in die Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: Ja: mehrheitlich

Die Thematik wird als TOP 27 in die Tagesordnung aufgenommen.

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Tagesordnung (öffentlicher Teil) zu.

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

Die Sitzung hat somit folgende Tagesordnung im öffentlichen Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
   2.1 Anträge zur Tagesordnung
   2.1.1 Weiterreichende finanzielle Unterstützung der Musik- und Kunstschule Schwedt/Oder
   AN/183/2018
   SPD/BVB-Fraktion
3. Bestätigung der Niederschrift der 16. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung am 29.05.2018 - öffentlicher Teil
   045/2018
4. Informationen
5. Einwohnerfragestunde
6. Anfragen
7. Anträge
8. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen zum Jahresabschluss 2016
   BV/131/2018
9. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen zum Jahresabschluss 2017
   BV/130/2018
10. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im II. Quartal 2018
    BR/122/2018
11. Berichterstattung gemäß § 29 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung zum Haushaltsjahr 2018
    BR/153/2018
12. Information zur Umsetzung der Beschlüsse aus AN/109/2018
    BR/154/2018
13. Zustimmung des Kreistages zur Klageerhebung in einem Fall gegen das Land Berlin
    BV/128/2018
14. Zustimmung des Kreistages zur Klageerhebung in einem Fall gegen den Hessischen Landeswohlfahrtsverband
    BV/163/2018
15. Entlastung der einzelnen Mitglieder des Verwaltungsrates der Sparkasse Uckermark für den Jahresabschluss 2017
    BV/169/2018
16. Bemessung des Ausgleichs für die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung auf Grundlage des Verkehrsvertrages für das Jahr 2019
    BV/170/2018/1
17. Änderung des Stellenplanes 2018
    BV/171/2018
18. Angelegenheiten der Rechnungsprüfung - FRA 11.09.2018
    03/2018
19. Genehmigung der Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4780/15.
    BV/138/2018/1
20. Genehmigung der Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4781/15.
    BV/140/2018/1

21. Genehmigung der Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4782/15.
    BV/141/2018/1
22. Genehmigung der Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4783/15.
    BV/142/2018/1
23. Genehmigung der Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4778/16.
    BV/143/2018/1
24. Genehmigung der Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4776/16.
    BV/144/2018/1
25. Genehmigung der Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4777/16.
    BV/145/2018/1
26. Genehmigung der Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4775/16.
    BV/146/2018/1
27. Weiterreichende finanzielle Unterstützung der Musik- und Kunstschule Schwedt/Oder

zu TOP 3: Bestätigung der Niederschrift der 16. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung am 29.05.2018 - öffentlicher Teil
Vorlage: 045/2018

Herr Regler teilt mit, dass innerhalb der vorgesehenen Frist keine Einwände gegen die Niederschrift der 16. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung am 29.05.2018 – öffentlicher Teil eingegangen sind und die Niederschrift damit als bestätigt gilt.

zu TOP 4: Informationen

Herr Regler merkt an, dass keine Informationen vorliegen.

zu TOP 5: Einwohnerfragestunde

Herr Regler stellt fest, dass keine Einwohnerfragen vorliegen.

zu TOP 6: Anfragen

Herr Regler teilt mit, dass keine Anfragen vorliegen.

zu TOP 7: Anträge

Herr Regler teilt mit, dass keine Anträge vorliegen.

zu TOP 8: Über- und außerplanmäßige Aufwendungen zum Jahresabschluss 2016
Vorlage: BV/131/2018

Herr Dr. Gerlach fragt nach den Ursachen der in der Vorlage erwähnten Kontamination des Grundwassers im Zusammenhang mit einer chemischen Reinigung und der daraus resultierenden Rückstellung von ca. 15 Millionen.

Herr Stornowski erläutert, dass der Eigentümer des betroffenen Grundstücks, eine Wäscherei, durch den Landkreis Uckermark in Höhe des gesamten Grundstückswertes inklusive der Bebauung in Haftung genommen worden. Der Landkreis ist für die Beseitigung der Kontamination zuständig.

Herr Dr. Gerlach fragt, ob Einrichtungen zur Abwehr der Kontamination bereits installiert worden sind.

Herr Stornowski informiert, dass die Installation sich in der Planung befindet. Es wurden bisher mehrere Untersuchungen am Ort der Kontamination durchgeführt, die in die Planung mit einfließen.

Herr Regler merkt an, dass diese Angelegenheit zusätzlich im Ausschuss für Regionalentwicklung zu behandeln ist.

Herr Brandenburg teilt mit, dass die schnelle Abwehr der Kontamination zunächst Kosten in Höhe von ca. 250.000 € bis 300.000 € verursachen wird. In Lychen hat sich ein ähnlich gelagerter Fall zugetragen. Nach Informationen des Landwirtschafts- und Umweltamtes nimmt die Beseitigung der Kontamination ca. 10 Jahre in Anspruch.

Herr Dr. Gerlach fragt, ob die 15 Millionen Euro existent und für diese Angelegenheit reserviert sind.

Herr Brandenburg informiert, dass diese Gelder physisch vorliegen.

Herr Korrmann fragt, ob die Sanierung des Schrottplatzes in Friedrichsthal beendet ist.

Herr Stornowski teilt mit, dass die Sanierung abgeschlossen ist und die Gemeinde Friedrichsthal nach potenziellen Nutzern des Geländes sucht.

Herr Theiß erkundigt sich nach dem Eigentümer des Flugplatzes in Groß Dölln in Templin.

Herr Brandenburg antwortet, dass der Flugplatz im Eigentum mehrerer Personen ist. Die Sanierung des Flugplatzes, u.a. die Beseitigung einer Kerosinblase auf dem Grundwasser, ist einer externen Firma übertragen worden.

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:
„Der Kreistag genehmigt die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen zum Jahresabschluss 2016.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 9: Über- und außerplanmäßige Aufwendungen zum Jahresabschluss 2017
Vorlage: BV/130/2018

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:
„Der Kreistag genehmigt die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen zum Jahresabschluss 2017.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 10: Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im II. Quartal 2018
Vorlage: BR/122/2018

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung nimmt die aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im II. Quartal 2018 zur Kenntnis.

zu TOP 11: Berichterstattung gemäß § 29 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung zum Haushaltsjahr 2018
Vorlage: BR/153/2018

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung nimmt die Berichterstattung gemäß § 29 Kommunaler Haushalts- und Kassenverordnung zum Haushaltsjahr 2018 zur Kenntnis.

zu TOP 12: Information zur Umsetzung der Beschlüsse aus AN/109/2018
Vorlage: BR/154/2018

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung nimmt die Informationen zur Umsetzung der Beschlüsse aus AN/109/2018 zur Kenntnis.

zu TOP 13: Zustimmung des Kreistages zur Klageerhebung in einem Fall gegen das Land Berlin
Vorlage: BV/128/2018

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschliesst die Klageerhebung gegen das Land Berlin in einem Fall wegen Fallübernahme in die Zuständigkeit, Kostenerstattung i. H. v. 227.000 € sowie Erstattung aller weiteren anfallenden Kosten bis zur Übernahme in die Zuständigkeit.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 14: Zustimmung des Kreistages zur Klageerhebung in einem Fall gegen den Hessischen Landeswohlfahrtsverband
Vorlage: BV/163/2018

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:
„Der Kreistag beschliesst die Klageerhebung gegen den Hessischen Landeswohlfahrtsverband in einem Fall wegen Fallübernahme in die Zuständigkeit, Kostenerstatttung i. H. v. 322.000 € sowie Erstattung aller weiteren anfallenden Kosten bis zur Übernahme in die Zuständigkeit.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 15: Entlastung der einzelnen Mitglieder des Verwaltungsrates der Sparkasse Uckermark für den Jahresabschluss 2017
Vorlage: BV/169/2018

Herr Dr. Gerlach weist auf die Gewinn- und Verlustrechnung und das geringe Jahresergebnis der Sparkasse hin.

Herr Regler teilt mit, dass einmal jährlich die Berichterstattung durch die Sparkassen erfolgt. In diesem Zusammenhang kann diese Angelegenheit besprochen werden.

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:
„Der Kreistag beschließt die Entlastung der einzelnen Mitglieder des Verwaltungsrates der Sparkasse Uckermark (s. Anlage) für den Jahresabschluss 2017 gemäß § 6 Abs. 2 Nr. 5 in Verbindung mit § 26 Abs. 4 Brandenburgisches Sparkassengesetz.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 16: Bemessung des Ausgleichs für die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung auf Grundlage des Verkehrsvertrages für das Jahr 2019
Vorlage: BV/170/2018/1

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:
„1. Der Kreistag beschließt einen Ausgleich für die Beförderungsangebote in Höhe von 6.579.636 Nutzwagenkilometern gemäß den Vorgaben des Verkehrsvertrages in Höhe von 10.198.435,80 € für das Jahr 2019.
2. Die notwendigen Mittel sind i.H.v. 10.200.000 € in den Haushaltsplan 2019 aufzunehmen.“

<u>Abstimmungsergebnis:</u> Ja: einstimmig

zu TOP 17: Änderung des Stellenplanes 2018
Vorlage: BV/171/2018

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„I. Stellenplanänderungen auf Grund Tarifautomatik

1.
Der Kreistag beschließt die Änderung des Stellenplanes 2018 insoweit, als dass die Stellen der Sachgebietsleiterin Allgemeiner Sozialer Dienst im Jugendamt nach Entgeltgruppe S17, der Sachgebietsleiterin SGL Vormund-/Beistand-/Pflegschaften/Beurkundungen/ Unterhaltsvorschuss im Jugendamt nach Entgeltgruppe 11 und der Sachgebietsleiter Widersprüche/Prüfungen im Jobcenter nach der Entgeltgruppe 14 der Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst zu bewerten sind.

2.
Der Kreistag beschließt die Änderung des Stellenplanes 2018 insoweit, als dass die Stellen Sachbearbeiter Gewässerschutz (Verwaltung), 0,725 VZE, im Landwirtschafts- und Umweltamt nach Entgeltgruppe 9c und die Sachbearbeiter Gewässeraufsicht (Techniker), 4,725 VZE im Landwirtschafts- und Umweltamt nach Entgeltgruppe 10 der Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst zu bewerten sind.

3.
Der Kreistag beschließt die Änderung des Stellenplanes 2018 insoweit, als dass die Stelle Sachgebietsleiter Rechtliche Bauaufsicht im Bauordnungsamt der Besoldungsgruppe A13 nach Bundesbesoldungsgesetz angehört.

4.
Der Kreistag beschließt die Änderung des Stellenplanes 2018 insoweit, als dass die Stelle Sachbearbeiter Futtermittelkontrolle im Gesundheits- und Veterinäramt nach Entgeltgruppe 9c der Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst zu bewerten ist.

5.
Der Kreistag beschließt die Änderung des Stellenplanes 2018 insoweit, als dass die Stelle Sachbearbeiter Statikprüfung/wiederkehrende Prüfung im Bauordnungsamt der Entgeltgruppe 11der Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst angehört.

II. Stellenplanänderungen auf Grund von Organisationsuntersuchungen/Fallzahlenanstiegen

Der Kreistag beschließt folgende Änderungen des Stellenplanes 2018:

6.
Zuführung einer Stelle (1,0 VZE) Sachbearbeiter Zulassung im Ordnungsamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 6 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

7.
Zuführung einer Stelle Sachbearbeiter Kostenrechnung (0,5 VZE) im Amt für Finanzen sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 9c Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

8.
Zuführung einer Stelle Teamleiter Grundsicherung/Sozialer Dienst (1,0 VZE) im Sozialamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 9b Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

9.
Zuführung einer Stelle Sachbearbeiter Grundsicherung/Sozialer Dienst (0,6 VZE) im Sozialamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 9a Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

10.
Zuführung einer Stelle Sachbearbeiter Betreuungsbehörde (0,4 VZE) im Gesundheits- und Veterinäramt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe S 12 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

III. Stellenplanänderungen auf Grund von neu wahrzunehmender Aufgaben

Der Kreistag beschließt folgende Änderungen des Stellenplanes 2018:

11.
Zuführung einer Stelle Sachbearbeiter Beteiligungsmanagement (0,625 VZE) im Arbeitsbereich Beteiligungsmanagement sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 9c der Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

12.
Zuführung einer Stelle Sachbearbeiter Dokumentenmanagement (1,0 VZE) im Personal- und Serviceamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 9b Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

13.
Zuführung einer Stelle Sachbearbeiter Verwaltung (KVHS) (1,0 VZE) im Liegenschafts- und Schulverwaltungsamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 5 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

14.
Zuführung einer Stelle Sachbearbeiter Steuerrecht (1,0 VZE) im Amt für Finanzen sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 9c Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

15.
Zuführung einer Stelle Sachbearbeiter Digitalisierung (1,0 VZE) im Personal- und Serviceamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 9b Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

16.
Zuführung einer Stelle Sachbearbeiter Kostenrechnung (0,5 VZE) im Jugendamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 9c Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst

IV. Stellenplanänderungen auf Grund von Strukturänderungen

Der Kreistag beschließt folgende Änderungen des Stellenplanes 2018:

17.
Zuführung einer Stelle Amtsleiter des Amtes für Technische Dienste sowie Zuordnung zur Entgeltgruppe 14 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

18.
Zuführung einer Stelle Sekretärin des Amtes für Technische Dienste sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 5 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

19.
Zuführung einer Stelle Sachbearbeiter Technikunterstützende Informationsverarbeitung (TUIV) Schulen im Amt für technische Dienste sowie Zuordnung zur Entgeltgruppe 9b Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

20.
Zuführung von Stellen (2,0 VZE) Sachbearbeiter TUIV im Amt für technische Dienste sowie Zuordnung der Stellen zur Entgeltgruppe 9b sowie 10 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.“

<u>Abstimmungsergebnis:</u> Ja: einstimmig

zu TOP 18: Angelegenheiten der Rechnungsprüfung - FRA 11.09.2018
Vorlage: 03/2018

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu TOP 19: Genehmigung der Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4780/15.
Vorlage: BV/138/2018/1

Herr Poppe fragt nach den Erfolgsaussichten für diese und die folgenden Eilentscheidungen.

Herr Dr. Sander erläutert, dass bezüglich der vorliegenden Urteile die Berufung ausdrücklich zugelassen wurde. Eine Klärung durch ein Oberverwaltungsgericht scheint hier durch das Verwaltungsgericht angeregt worden zu sein.
Als zweiten Grund für die Einlegung der Berufung gegen die vorliegenden Urteile nennt Herr Dr. Sander die Ausführungen des Verwaltungsgerichts, der Landkreis Uckermark habe es bei der Festsetzung der Kreisumlage versäumt, den Finanzbedarf der Kommunen zu berücksichtigen. Jedoch ist im § 129 der Brandenburgischen Kommunalverfassung (BbgKVerf) eine entsprechende Beteiligung der Kommunen geregelt, die auch durch den Landkreis Uckermark in den vorliegenden Verfahren erfolgte.
Die vorgenannten Gründe geben Anlass, die Urteile durch ein Oberverwaltungsgericht überprüfen zu lassen.

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:
„Der Kreistag genehmigt die Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4780/15.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 20: Genehmigung der Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4781/15.
Vorlage: BV/140/2018/1

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:
„Der Kreistag genehmigt die Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4781/15.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 21: Genehmigung der Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4782/15.
Vorlage: BV/141/2018/1

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:
„Der Kreistag genehmigt die Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4782/15.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 22: Genehmigung der Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4783/15.
Vorlage: BV/142/2018/1

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:
„Der Kreistag genehmigt die Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4783/15.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 23: Genehmigung der Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4778/16.
Vorlage: BV/143/2018/1

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:
„Der Kreistag genehmigt die Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4778/16.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 24: Genehmigung der Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4776/16.
Vorlage: BV/144/2018/1

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:
„Der Kreistag genehmigt die Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4776/16.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 25: Genehmigung der Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4777/16.
Vorlage: BV/145/2018/1

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:
„Der Kreistag genehmigt die Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4777/16.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 26: Genehmigung der Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4775/16.
Vorlage: BV/146/2018/1

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:
„Der Kreistag genehmigt die Eilentscheidung vom 02. Juli 2018 über die Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 15. Mai 2018, Az.: VG 1 K 4775/16.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 27: Weiterreichende finanzielle Unterstützung der Musik- und Kunstschule Schwedt/Oder

Herr Neumann stellt die Thematik der weiterreichenden finanziellen Unterstützung der Musik- und Kunstschule Schwedt/Oder vor.

Herr Dr. Gerlach erläutert, dass die CDU-Fraktion dem Anliegen, der Musik- und Kunstschule in Schwedt/Oder eine höhere Förderung zukommen zu lassen, positiv gegenübersteht. Jedoch wird die geplante Senkung der Kreisumlage für höhere Erträge bei den Kommunen sorgen, so auch bei der Stadt Schwedt. Diese eingesparten Mittel kann die Stadt Schwedt für eine Förderung der Musik- und Kunstschule einsetzen. Eine Förderung durch den Landkreis ist in diesem Fall nicht erforderlich.

Herr Neumann informiert, dass die Schülerzahlen an der Musik- und Kunstschule in Schwedt in den letzten Jahren stark gestiegen sind und sich dieser Trend fortsetzt. Neben der Senkung der Kreisumlage sollte zur Deckung der steigenden Kosten weiterhin die Landrätin beauftragt werden, weitergehende Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung zu ermitteln.

Herr Brandenburg weist darauf hin, dass nicht nur einzelne Institutionen gefördert werden sollten, sondern stets der gesamte Landkreis betrachtet werden sollte, so auch die Kreismusikschule. Es ist darauf zu achten, dass die Förderung bestimmter Regionen nicht zu Lasten anderer Regionen erfolgt.

Herr Poppe merkt an, dass insbesondere die Sicherung der Fachkräfte im Landkreis Uckermark eine zentrale Rolle in diesem Zusammenhang spielt. Er spricht sich dafür aus, die Angelegenheit zur Beratung in den Kreisausschuss einzubringen.

Herr Dr. Gerlach spricht sich für eine flächendeckende, gleichmäßige Förderung sämtlicher Musikschulen aus. Durch die Senkung der Kreisumlage würden die Gemeinden über ausreichend Mittel verfügen, um die eigenen Musikschulen zu fördern.

Herr Theiß erläutert, dass die Kreismusikschule in Schwedt keine Nebenstelle unterhält, sondern Schwedt und die Bedarfe der umliegenden Gebiete durch die Musik-

und Kunstschule abgedeckt werden. Dadurch spart der Landkreis Gelder, sodass eine erhöhte Förderung der Musik- und Kunstschule gerecht ist.

Herr Neumann betont erneut, dass in der vorliegenden Angelegenheit lediglich darauf abgezielt wird, dass die Landrätin Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung für die Musik- und Kunstschule ermittelt.

Herr Korrmann merkt an, dass im Zusammenhang mit der Ermittlung von Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung ebenso die damit zusammenhängenden Kennziffern darzulegen sind, wie die Anzahl der Umlandschüler.

Herr Regler schlägt vor, einen Antrag zu fertigen, in dem eine finanzielle Begünstigung sämtlicher Musik- und Kunstschulen im Landkreis angestrebt wird.

Herr Neumann zeigt sich offen für einen weiterführenden Antrag. Er betont jedoch die erheblichen Kosten, die im Zusammenhang mit der Musik- und Kunstschule in Schwedt anfallen und im Vergleich zu anderen Musikschulen überdurchschnittlich hoch sind.

Herr Dr. Gerlach bemängelt, dass der vorliegende Entwurf des Antrages vor der Behandlung im Ausschuss für Finanzen nicht mit den Fraktionen abgestimmt worden ist.

Herr Brandenburg schlägt vor, über das Thema zunächst in den Fraktionen zu beraten, weitere Informationen zu sammeln und abschließend einen gemeinsam erarbeiteten Antrag einzubringen.

Herr Neumann erläutert, dass die vorliegende Angelegenheit bereits im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport thematisiert wurde und in der Debatte von mehreren Seiten der Vorschlag unterbreitet wurde, einen entsprechenden Antrag zu fertigen.

Herr Theiß merkt an, dass zur Entscheidungsfindung entsprechende Kennzahlen dargelegt werden sollten.

Herr Brandenburg führt aus, dass eine entsprechende Prüfung zeitlich noch möglich ist, um in der Sitzung des Kreistages am 05.12.2018 auf Grundlage von fundierten Zahlen einen Beschluss zu fassen.

Im Nachgang der Diskussion wurde sich darauf verständigt, einen fraktionsübergreifenden Antrag auszuarbeiten, über den in der Sitzung des Kreistages am 05.12.2018 Beschluss gefasst wird.

zur Kenntnis genommen:

gez. Gerd Regler
Ausschussvorsitzender

gez. Karina Dörk
Landrätin

gez. Björn Franke
Schriftführer